

Kommunalpolitisches Programm 2020



erlanger linke

Gutes Leben für alle in Erlangen

Inhalt

Leben in Erlangen – sozial gerecht, demokratisch und ökologisch	3
1. Mehr Demokratie und Transparenz	4
2. Soziale Gerechtigkeit für alle – Armut bekämpfen	6
3. Arbeit ermöglichen – Auskommen sichern	9
4. Kampf der kommunalen Verarmung – die Finanzierung der Stadt	11
5. Privatisierung stoppen – kommunales Eigentum erhalten	13
6. Zukunftsweisende Stadtentwicklung – Grenzen des Wachstums	14
7. Klimaschutz für die Vielen!	17
8. Verkehrswende jetzt – für eine lebenswerte und ökologische Stadt!	20
9. Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche	23
10. Kinder und Jugend – unsere Zukunft!	27
11. Politik für unsere älteren Mitbürger*innen	29
12. Politik für Menschen mit Behinderung – gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft und Beruf	31
13. Bildungspolitik ist mehr als „Standortlogik“	32
14. Friedenspolitik in der Stadt	34
15. Faschismus bekämpfen – immer und überall!	36
16. Asylrecht solidarisch gestalten – Geflüchtete nicht ausgrenzen!	37
17. Leben statt existieren – Kultur kommt aus der Bevölkerung!	40
18. Solidarische Stadt	42

Hrsg.: **erlanger linke**, Johannes Pöhlmann,
Rathausplatz 1, 91051 Erlangen
2. Auflage

Leben in Erlangen – sozial gerecht, demokratisch und ökologisch

Für die meisten Menschen ist Erlangen eine Stadt, in der sie leben und arbeiten, in der sie ihre Kinder großziehen und Freund*innen haben, in der sie einkaufen, Sport treiben, Kinos, Theater oder Museen besuchen, kurz: Für die meisten Menschen ist Erlangen Lebensraum.

Für einige Menschen hingegen – allerdings sehr wenige – ist Erlangen eine Aktiengesellschaft. Aus deren Blickwinkel ist unsere Stadt nicht Lebensraum, sondern Geschäftsfeld, in dem die Bedingungen für die Profitscheffelei ständig verbessert werden müssen.

Die Stadt wird dominiert von Siemens und Universität. Erlangen ist dadurch eine Stadt mit einem hohen Durchschnittseinkommen geworden. Auch daher erhöhen sich die Lebenshaltungskosten ständig, besonders beim Wohnen. Für Menschen mit geringem Einkommen ist das bedrohlich und zunehmend existenzgefährdend.

Die **erlanger linke** dagegen fordert, die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebenden Menschen zum Maßstab der Politik zu machen. Unsere Richtschnur sind die Interessen der Arbeiter*innen und Angestellten, der Erwerbslosen, Sozialhilfeempfänger*innen, der Rentner*innen, der Kinder und Jugendlichen sowie der Ausgegrenzten. Die **erlanger linke** kämpft für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die auf den Lohn aus Arbeit angewiesen ist und nicht von ihrem Vermögen lebt.

Wir bieten allen Interessierten, Gewerkschaften, Initiativen und Gruppen unserer Stadt eine Plattform und treten ein...

- für die Verteidigung der Grund- und Menschenrechte
- gegen den Abbau von demokratischen Rechten
- für eine Höherstellung des Menschen und der Natur über wirtschaftliches Profitstreben
- für eine konsequente Demokratisierung der Kommune, der Wirtschaft und der Gesellschaft
- für ein selbstbestimmtes Leben aller jenseits der Armut

- für die sichere und gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben
- gegen die Benachteiligung von Frauen
- für den Erhalt allen öffentlichen Eigentums und gegen jegliche Privatisierung,
- für die friedliche Lösung von Konflikten und gegen alle Kriegseinsätze
- gegen Hartz IV, die Agenda 2010, jeglichen Sozialabbau und
- gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus

Unsere Stadträt*innen wollen und können das eigenständige politische Handeln dieser Bürger*innen und Gruppen nicht ersetzen. Wir unterstützen ihre politische Arbeit und ihre Kämpfe nach unseren Möglichkeiten im Stadtrat, indem wir die Positionen dieser Bürger*innen und Gruppen im Stadtrat vertreten, wir sie über betreffende Entwicklungen im Stadtrat informieren und mit ihnen unsere Möglichkeiten als Wählervereinigung und als Stadträt*innen teilen.

Wir mussten erfahren, dass unsere Ziele immer mehr mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in Konflikt kommen. Deshalb verteidigen wir das Recht, diese Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen, in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz.

1. Mehr Demokratie und Transparenz

Die Politikverdrossenheit wächst, weil die Bürger*innen immer mehr das Gefühl haben, zwar bei Wahlen ihr Kreuzchen machen zu dürfen, aber anschließend keinen Einfluss mehr auf das politische Geschehen haben. Hier kommt es auch auf die Qualität der Bürger*innenmitbestimmung an. Die Bürger*innen müssen mit überschaubarem Zeitaufwand echten Einfluss ausüben können. Wir erkennen an, dass hier Fortschritte gemacht wurden. Dennoch bleibt die Mitsprache oft auf Details beschränkt.

Der Bund und viele Länder haben ein Informationsfreiheitsgesetz, Bayern gehört nicht dazu. Deswegen haben viele bayerische

Gemeinden eine Informationsfreiheitssatzung. Erlangen ist die letzte bayerische Stadt mit über 100.000 Einwohner*innen ohne solch eine Satzung. Sachkundigen und interessierten Bürger*innen sollten deshalb mehr Mitberatungsrechte im Stadtrat haben. Außerdem muss die Arbeit des Stadtrates transparenter werden.

Eine erfolgreiche Integration setzt gleiche Rechte und Pflichten für alle Einwohner*innen voraus. Doch während EU-Bürger*innen kommunales Wahlrecht besitzen, können sich Migrant*innen aus anderen Staaten nicht einmal an den Kommunalwahlen beteiligen. Selbst dann nicht, wenn sie zum überwiegenden Teil seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Es ist undemokratisch und konterkariert die Maßnahmen zur Integrationsförderung, die Bürger*innen aus Nicht-EU-Staaten nicht über die Gestaltung des kommunalen Lebens entscheiden zu lassen.

Die **erlanger linke** fordert:

- Möglichkeit zur Bürgerfragestunde auch in Ausschusssitzungen
- Häufigerer Rückgriff auf Ratsbegehren und räumlich begrenzte (nicht bindende) Abstimmungen zu Sachfragen
- Möglichkeit Beschlussanträge in Bürgerfragestunden zu stellen um auf Antrag einer Stadträt*in im Stadtrat darüber abstimmen zu lassen
- Öffentliche Protokolle zum Abstimmungsverhalten der Mitglieder im Stadtrat
 Unsere Mitglieder des Stadtrates werden ihr Recht nutzen, ihr Abstimmungsverhalten protokollieren zu lassen.
- Veröffentlichung von Stadtratsanträgen bereits nach Abgabe
- Vollständige, öffentliche Dokumentation der Haushaltsberatungen (Sitzungsunterlagen, Abstimmungsverhalten, Videoübertragung aller öffentlichen Sitzungen und digitale Archivierung)
- Mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger*innen bei Haushaltsberatungen (z.B. Bürgerhaushalt)
- Aufwertung der Bürger*innenversammlungen:
 - Ausstattung mit (begrenzten) Finanzmitteln („Bürger*innenbudgets“)

- Verpflichtung zur Behandlung der dort gefassten Beschlüsse im Stadtrat
- jährliche Bürgerversammlungen in allen Stadtteilen
- eine jährliche Bürgerinnensammlung
- Kommunales Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Deutschland leben
- Abschaffung der Gebühren für nicht-kommerzielle Infostände, die der politischen Information dienen
- Aufhebung der Platzeinschränkung bei Infoständen, Kundgebungen und öffentlichen politischen Veranstaltungen.
- Freie Meinungsäußerung vor Kommerzinteressen
- Ausweitung des Parteienprivilegs bei Bewerbung von Veranstaltungen auf Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen und demokratische Organisationen als Recht und nicht als gnadenhalber gewährte Ausnahme
- Weitgehende Abschaffung nicht-öffentlicher Sitzungen um Missbrauch zu verhindern

2. Soziale Gerechtigkeit für alle – Armut bekämpfen

Armut ist anzutreffen in Stadtrandgebieten ohne gewachsene soziale Strukturen mit großer Bevölkerungsdichte, wie in Büchenbach, Bruck oder im Stadttosen, aber auch in Wohngebieten mit scheinbar intakter sozialer Infrastruktur. Besonders deutlich wird die zunehmende Armut an den Schlangen vor der „Erlanger Tafel“. Immer mehr Menschen sind auf die Versorgung mit kostenfreien Nahrungsmitteln angewiesen. Die Notwendigkeit von Tafeln ist der eigentliche Skandal. Man begegnet ihr auch in Wärmestuben, Kindergärten, Horten, Schulen, im städtischen Sozialamt – und nicht zuletzt auf der Straße.

Armut in unserer Stadt reduziert sich längst nicht mehr auf Bettler*innen und Obdachlose. Von Armut betroffene Menschen sind Familien, die trotz Jobs im Niedriglohnbereich häufig auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) angewiesen sind. Aber auch alleinerziehende Elternteile, Kinder, Jugendliche, Studierende mit

Behinderung und Migrant*innen gehören dazu. Frauen sind dabei häufiger von Armut betroffen als Männer. Wir wollen aber nicht „mehr Wohltätigkeit“, wir wollen, dass kein Mensch auf Almosen angewiesen ist. Wir wollen, dass Menschen ein Einkommen haben, das ihnen und ihren Familien ein menschenwürdiges Leben gestattet (siehe Kapitel 2: „Soziale Gerechtigkeit für alle“).

Die Agenda-Reformen“ von SPD, Grüne, FDP sowie CDU/CSU entwürdigen und entrechten nach wie vor Erwerbslose und Erwerbstätige sowie deren Familienangehörige. Rentenkürzungen, grenzenlose Leiharbeit, Befristungsunwesen, Minijobs und besonders Hartz IV bedrohen viele mit einem Leben unter der Armutsgrenze. Hartz hat keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Stattdessen werden reguläre Arbeitsplätze durch prekäre Jobs ersetzt. Das angebliche Jobwunder hat nicht stattgefunden, die Arbeitsstunden wurden nur umverteilt und viel schlechter bezahlt. Dies zwingt Menschen auch in unserer Stadt, zu Armutslohn-en zu arbeiten und mit Hartz IV aufzustocken. Die Menschen zählen offiziell nicht als arbeitslos. Mit solchen Tricks wird die Arbeitslosenstatistik geschönt. So werden mit unseren Sozialversicherungsbeiträgen und Steuergeldern Profite subventioniert. Damit wird die Streikfähigkeit der gewerkschaftlich organisierten Erwerbstätigen angegriffen.

Dagegen gilt es sich zu wehren!

Ein menschenwürdiges Leben in unserer Stadt bedeutet, dass sich alle Bürger*innen die Nutzung aller zur Daseinsvorsorge gehörenden kommunalen Einrichtungen (z.B. Wasserversorgung, Energieversorgung, Museen, Personennahverkehr, Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen) ohne Almosencharakter leisten können. Ebenso müssen sich alle die Teilnahme an kulturellen und gesellschaftlichen, an sportlichen und Bildungsangeboten leisten können – unabhängig von ihrem Einkommen. Die **erlanger linke** will ein gutes Leben für alle!

Die **erlanger linke** fordert:

- Keine Strom- und Gasabschaltungen wegen Armut
- Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus (siehe auch Abschnitt 8: Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche)
- Kostenloses und gebührenfreies Konto (auch mit Pfändungsschutz) bei der Stadtparkasse auch für Menschen ohne Internet
- Kostenlose Kinderbetreuung in allen Kindereinrichtungen sowie kostenlose Schulspeisung, Kostenübernahme durch Freistaat
- Erlangen-Pass: 90%ige Preisermäßigung bei allen städtischen Einrichtungen, dem ÖPNV und von der Stadt subventionierten Kultureinrichtungen
- Erlangen-Pass für alle Personen mit einem Einkommen von derzeit unter 1 200 € netto
- Jährlicher Reichtums- und Armutsbericht, von der Stadt erstellt und veröffentlicht

Die Hartz-Gesetze müssen zurückgenommen werden! Wir fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Solange diese unsozialen Gesetze bestehen, fordern wir als Soforthilfen für Betroffene in Erlangen:

- Keine 1-Euro-Jobs, weder bei der Stadt noch anderswo
- Stattdessen reguläre, unbefristete Arbeitsplätze für 1-Euro-Jobber*innen zu Tarifbedingungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD)
- Zusätzliche Leistungen in Form einmaliger Beihilfen durch die Stadt
- Kein Umzugszwang für Hartz-IV-Empfänger*innen, in aller Regel soll die Wohnung behalten werden dürfen
- Ermessensspielraum der Stadt voll ausschöpfen bei Wohnkostenerstattung
- Jährliche Anhebung der Mietobergrenzen

- Kein Einsatz von Sozialamtsschnüffler*innen, Schluss mit den Schikanen für Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger*innen
- Echtes Sozialticket für den Nahverkehr ohne Ausschlusszeiten
- Kostenlose Sozialberatung und umfassende Aufklärung von Hartz-IV-Empfänger*innen über ihre Rechte und Ansprüche durch die Förderung der unabhängigen Sozial- und Arbeitslosenhilfe-Initiativen und Beratungsstellen
- Unabhängige Ombudsstelle, die den Bürger*innen hilft ihre sozialen Rechte durchzusetzen
 - durch die Stadt finanziert, aber nicht bei dieser angesiedelt
 - keiner Weisung gebunden
 - muss regelmäßig bzw. mind. einmal jährlich Bericht erstatten
 - kann sich jederzeit direkt an den Stadtrat wenden
- Nutzung aller Möglichkeiten der Stadt, um Sanktionen zu vermeiden:
- Die Stadt nutzt all ihre Möglichkeiten, um Sanktionen zu vermeiden. Dabei riskiert sie auch Rechtskonflikte mit höheren staatlichen Stellen. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2019 hat Erlangen als Optionskommune deutlich mehr Ermessensspielraum.

3. Arbeit ermöglichen – Auskommen sichern

Arbeit ist Menschenrecht. Von ihrer Arbeit müssen die Erlanger*innen anständig leben können. Eine kommunale Beschäftigungspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muss sich daher zum Ziel setzen, Erwerbslosigkeit ebenso zu bekämpfen wie den Niedriglohn und andere entwürdigende Arbeitsverhältnisse. Erwerbslose und Beschäftigte haben gemeinsam in den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Sozialforen Forderungen entwickelt, die für die **erlanger linke** politische Richtschnur sind.

Die **erlanger linke** fordert:

- Gute Arbeitsbedingungen bei Beschäftigten der Stadt:
 - Unbefristete Arbeitsverträge bei Neueinstellungen!

- Verringerung stressbelastender Faktoren wie Lärm und schlechter Arbeitsorganisation
- Förderung eines guten Arbeitsklimas
- Umwandlung befristeter Arbeitsstellen in unbefristete
- Schaffen neuer Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Keine Leiharbeit, weder in der Stadtverwaltung noch in städtischen Eigenbetrieben und Tochterunternehmen
- Rekommunalisierung ausgelagerter Arbeitsstellen (z. B. Gebäudereinigung)
- Ausreichende Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer*innen bei Einstellungen in städtischen Betrieben
- 10 % Ausbildungsplätze bei der Stadt
- Vergabe städtischer Aufträge nur an Firmen, die sich verpflichten Tariftlöhne zu zahlen (Tariftreue)

Die **erlanger linke** fordert, dass die Stadt:

- sich im kommunalen Arbeitgeberverband und anderen Gremien dafür einsetzt, Arbeitszeit-verlängerungen im öffentlichen Dienst zu verhindern
- als Arbeitgeberin Teilzeit und Auszeiten für Frauen und Männer in gleichem Maße fördert
- bei ihr arbeitende Eltern fördert, die ihren Erziehungsurlaub zu gleichen Teilen nehmen
 - zwei zusätzliche Monate Sonderurlaub für einen bei der Stadt arbeitenden Elternteil
 - beim Städtetat darauf hinwirken, dass dies auch Gesetz wird

Darüber hinaus fordern wir einen Schulabschluss und Ausbildungsplätze für alle:

Entgegen der allgemeinen Meinung finden nicht alle Ausbildungswilligen eine Lehrstelle im gewünschten Beruf. Vor allem die großen Unternehmen bilden viel zu wenig aus und werben stattdessen Ausgelernte von Betrieben ab, die noch ausbilden. Wir fordern nach dem Vorbild der Bauwirtschaft: „Wer nicht ausbildet, muss zahlen“ und zwar an die, die ausbilden. Damit dies endlich

durchgesetzt werden kann, muss auch die Stadt Erlangen aktiv werden.

Die **erlanger linke** fordert:

- Förderung aller Schulabgänger*innen so, dass sie einen qualifizierten Schulabschluss erreichen (Auch „Schulabbrecher*innen“ müssen diese Chance bekommen)
- Aufhebung der Altersgrenzen bei Berufsschulintegrationsklassen und Öffnung unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Initiative der Stadt für die Schaffung eines überbetrieblichen Ausbildungswesens
 - notwendige, aber im Großraum nicht mehr angebotene Ausbildungsberufe wieder anbieten
 - Koordination mit den Nachbarstädten
- Mehr qualifizierte Umschulungsangebote, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen (Denn von diesen gibt es zu wenig, die Stadt kann und soll über die GGFA gegensteuern)
- Mehr Weiterbildungsangebote für technische und handwerkliche Berufe
- In Abstimmung mit den Nachbarstädten Anbieten einer eigenen, kostenfreien Meisterausbildung für Handwerk und Industrie

4. Kampf der kommunalen Verarmung – die Finanzierung der Stadt

Trotz aktuell guter Einnahmen ist Erlangen wie sehr viele Städte in Bayern strukturell unterfinanziert. Auf Grund der Schuldenbremse ist zu befürchten, dass die Stadt große Investitionen in die Daseinsvorsorge (z.B. Ausbau der Kläranlage) nicht mehr selbst vornehmen darf, sondern an private Investoren abgeben muss.

Die **erlanger linke** fordert:

- Rauf mit der Gewerbesteuer auf Münchner Niveau! (Erlangen soll nicht Schlusslicht beim Gewerbesteuerhebesatz in der Region bleiben)

- Beteiligung großer Unternehmen wie Siemens entsprechend ihrer hohen Gewinne am Steueraufkommen
- Keine Sonderkonditionen...
 - der Stadtwerke für die Erlanger Großbetriebe bei Wasserversorgung, Energie und Entsorgung
 - für die Großkonzerne bei Straßenausbau und Erschließungsgebühren

Wer auf Kosten der Allgemeinheit im Geld schwimmt, soll für die Allgemeinheit entsprechend zahlen.

Rahmenbedingungen verbessern:

Die Stadt muss sich für die Durchsetzung folgender Forderungen beim Deutschen Städtetag einsetzen und deren Umsetzung von den Bundes- und Landespolitikern einfordern:

- Bund und Land müssen die vollen (echten) Kosten übernehmen, wenn der Stadt Erlangen Aufgaben von Land und Bund übertragen werden („Konnexitätsprinzip“)
- Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung! (Deutschland ist bei Steuerhinterziehung in der EU mit mindestens 125 Milliarden Euro auf Rang 2)
- Beschaffung notwendiger Mittel durch Beendigung der gigantischen Aufrüstungsprogramme und weltweiter Militäreinsätze sowie durch schrittweise Abrüstung
- Wiedereinführung der Gewerbesteuer, um Konzerne und Spitzenverdiener wieder angemessen am Steueraufkommen zu beteiligen
- Schlupflöcher für große Unternehmen bei der Gewerbesteuer schließen, aber Freibeträge für Handwerker*innen und kleine Gewerbetreibende verdoppeln
- Nahverkehrsabgabe von den Erlanger Betrieben zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs
- Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf neue, solide und gemeindefreundliche Grundlage stellen

5. Privatisierung stoppen – kommunales Eigentum erhalten

Erlangen ist nicht die einzige Kommune, die in den letzten Jahrzehnten ihr „Tafelsilber“ verkauft hat. Immer wieder wurden wertvolle Immobilien der Stadt veräußert, darunter das Schloss Atzelsberg oder das Brucker Rathaus. Immer noch offen ist die Zukunft des Eggloffstein'schen und des Wildenstein'schen Palais, des Gebäudes der städtischen Musikschule sowie eines Teilbereichs des Frankenhofs (ehemaliges Hallenbad). Außerdem wurden in der Vergangenheit immer wieder städtische Dienstleistungen ganz oder teilweise privatisiert.

Die Privatisierung des städtischen Röthelheimbades konnte 2005 nur mit einem Bürgerbegehren und einem Bürgerentscheid, unterstützt u.a. von der Gewerkschaft ver.di, verhindert werden. Auch bei den städtischen Eigenbetrieben schleichen sich immer wieder „Private-Public-Partnership“-Projekte (PPP) ein. Ein Beispiel dafür ist die Halle für den städtischen Bauhof. Im Februar 2007 wurde in einer Nacht- und Nebelaktion geplant, den Entwässerungsbetrieb aus der Stadtverwaltung auszugliedern und in die Aktiengesellschaft Erlanger Stadtwerke einzugliedern. Vor dem Hintergrund der Privatisierungstendenzen auf dem bundesweiten Wasser- und Abwassermarkt wäre ein solcher Schritt nicht nur die Verhörerung des einnahmeträftigsten Gebührenlieferanten, sondern auch die Voraussetzung für mögliche weitere Vollprivatisierungsschritte durch einen Weiterverkauf.

Die Folgen sind immer weniger Mitwirkungsmöglichkeiten des Stadtrates und der Bürger*innen bei der Gestaltung von Gebühren und Preisen. Es gibt immer weniger kulturelle, soziale und bildungspolitische Angebote der Stadt, aber einen weiter zunehmenden Einfluss der Großkonzerne wie Siemens.

Entgegen neoliberalen Wunschenken kosten solche Privatisierungen am Ende mehr, als sie Einsparungen erbringen, weil sich Dritte langfristig an lebensnotwendigen Gütern, wie Strom, Energie und Wasser bereichern. Nur die Offenlegung der

Geschäftsziele und Bilanzen der öffentlichen Betriebe gewährleistet, dass die öffentliche Daseinsvorsorge für alle in hoher Qualität verfügbar und auch bezahlbar ist.

Die **erlanger linke** fordert:

- Keine weiteren Privatisierungen!
- Kein weiterer Verkauf von kommunalen Grundstücken und kommunalem Eigentum!
- Einrichtung einer neuen Herberge nach Standards des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH)
(nach Vorbild der Stadt Bamberg: 2017 wurde ihre Jugendherberge generalsaniert, erweitert und damit zur ersten inklusiven DJH-Herberge gemacht)
- Keine „Private Public Partnership“-Projekte („PPP“)
- Der Stadtrat als höchstes demokratisches Organ muss die politische Kontrolle über das Eigentum der Stadt, d.h. das Eigentum der Erlanger Bürger*innen, behalten. Daher darf geplanten Umwandlungen von städtischen Betrieben in privatrechtliche Betriebsformen nicht zugestimmt werden.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht dem privaten Profit und der Konkurrenzlogik der großen Konzerne geopfert werden.
- Rekommunalisierung bereits teil- oder vollprivatisierter Bereiche und Betriebe

6. Zukunftsweisende Stadtentwicklung – Grenzen des Wachstums

Je Bürger*in Erlangens, von den Neugeborenen bis zu den alten Menschen, gibt es rechnerisch einen Arbeitsplatz. Die Folge: Über 62.000 Arbeitnehmer*innen stauen sich jeden Morgen aus dem Umland in die Stadt, Wohnungen sind knapp und teuer. Viele Menschen aus Nürnberg oder Fürth fahren nach Erlangen zur Arbeit. Durch die Zentralisierung von qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im Städtedreieck Erlangen-Nürnberg-Fürth wird Oberfranken abgehängt. Die Menschen verlassen mehr

oder weniger unfreiwillig ihre heimatliche Region, um hier zu leben und zu arbeiten.

Das Gebot der bayerischen Verfassung nach „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ ist nicht mal im Ansatz verwirklicht. MdL Rinderspacher (SPD) fordert: „Kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten mit überhitzten Ballungsräumen und einem abgehängten ländlichen Raum“.

Von diesen Erkenntnissen der Bayern-SPD unbeeindruckt spielt Erlangen in der Ansiedlungskonkurrenz munter mit. Konkurriert wird z.B. über einen niedrigeren Gewerbesteuersatz als Nürnberg. Egal ob SPD oder CSU, die regierenden Parteien tun alles, um staatlich finanzierte Forschungseinrichtungen bevorzugt nach Erlangen zu bringen. Diese Politik verfolgt kurzfristige Ziele statt gemeinsamer, langfristige Ziele für die Entwicklung der Metropolregion.

Auch für die Bewohner*innen Erlangens zeigen sich inzwischen die Nachteile, denn Erlangen stößt an die natürlichen Grenzen des Wachstums. Wohnungsnot und Verkehrsprobleme sind die Folge. Wenn zehntausende Erlanger Arbeitnehmer*innen keine Wohnung im Stadtgebiet finden, ist klar: Es fehlen zehntausende Wohnungen, deshalb kann jede Miete verlangt werden, solange der Staat dieser Profitmacherei keine Grenzen setzt. Dadurch werden Normalverdiener*innen verdrängt. Es gibt aber kaum noch Flächen im Stadtgebiet, die mit gutem Gewissen für eine Bebauung in Frage kämen. Wo bisher unbebautes Gelände bebaut werden sollte, protestieren die Bürger*innen (Tennenlohe G6, Exerzierplatz, Frauenaarach Geisberg, Erlangen-West III).

Wir schlagen vor, für Erlangen die Grenzen des Wachstums – wie in den 80er Jahren – zu akzeptieren. Erlangen muss in Zukunft partnerschaftlich mit den Städten der ganzen Metropolregion (die ganz Oberfranken umfasst!) planen, wo in der Region welche Ansiedlungen noch sinnvoll sind.

Kurzfristig hilft in Erlangen gegen steigende Wohnungsnot und den drohenden Verkehrskollaps nur ein Ende des Wachstums für Gewerbe, Universität, Klinik und Forschungseinrichtungen. Neue Ansiedlungen werden in anderen Städten der Metropolregion

dringender gebraucht – dort gibt es auch freie Flächen und – oft leere – Wohnungen. Wir wenden uns auch gegen die völlige Verdrängung der Landwirtschaft aus dem Stadtgebiet.

Soweit die Bebauung neuer Flächen überhaupt noch verantwortbar ist, kommt wegen des Flächenbedarfs nur noch großzügiger Geschosswohnungsbau in Frage, statt flächenfressender, enger Reihenhäuser (siehe auch Kapitel 8: „Verkehrswende jetzt“ und Kapitel 9: „Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht“).

Erste Folgen des Projekts „Siemens-Campus“ für die Menschen in Erlangen werden sichtbar. Der Umzug von Siemens löst einen „Umbau der Stadt“ aus. In Verbindung mit dem „Masterplan“ der Uni-Klinik droht eine Entmischung: Der Stadtnorden wird Klinikviertel, die südliche Mitte Uni Philosophische Fakultät, der Süden Uni Technische Fakultät und Siemens.

In Zeiten des Klimanotstands ist es unverantwortlich, dass Siemens auf dem Campus Parkhäuser für 6.000 Autos baut. Stattdessen muss die Stadt-Umland-Bahn durch den Siemens-Campus fahren.

Die ***erlanger linke*** fordert:

- Keine neuen Gewerbegebiete oder Wohngebiete „auf dem Acker“ (insbesondere biologische Landwirtschaft muss in Erlangen auch in Zukunft möglich sein)
- Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe nur noch, wenn sich dadurch die Zahl der Erwerbslosen in Erlangen reduziert und die Zahl der Einpendler*innen nicht merklich erhöht (Ausnahme für Kleinbetriebe)
- Bereitstellung der für das Leben der Menschen in der Region nötigen Wirtschaftstätigkeit und Verkehrsdienstleistung so, dass Schäden am Ökosystem soweit wie möglich vermieden werden als einzige Zielvorgabe (denn erwartete Steuereinnahmen sind kein Maßstab für Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung)
- Über den Städtetag Anregung eines Gesetzes, das Gemeinden und Landkreise zu einer konstruktiven und uneigennütigen Zusammenarbeit verpflichtet
- Wohnungs- und Verkehrsprobleme an der Quelle zu bekämpfen

- Eine ausgewogene Regionalplanung, die es den Menschen erlaubt, in der Stadt zu wohnen, in der sie arbeiten
- Keinerlei Bebauung auf der für Natur und Anwohner*innen wichtigen Freifläche „südlicher Exerzierplatz“

Außerdem halten wir an unserer Kritik an der Standortwahl des „Schwarzbaus“ Max-Planck-Institut fest. Dies gilt auch für die Sporthalle („BBGZ“) an der Hartmannstraße, die mitten in eine für das Stadtklima wichtige Kaltluftschneise gebaut wird. Die geplante Fassadenbegrünung ist in Zeiten des Klimanotstandes völlig unzureichend.

7. Klimaschutz für die Vielen!

Im Kapitalismus muss Kapital durch profitable Investitionen vermehrt werden. Damit diese weiter fließen, muss immer mehr produziert werden. Dieser ins Wirtschaftssystem eingeschriebene Zwang zum „Wachstum“ zerstört zunehmend unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Die Profite aus diesem Prozess gehen dabei an einige, wenige, große Kapitaleigentümer*innen. Deswegen kann wirksamer Klimaschutz nur im Konflikt mit diesen erkämpft werden. Wir werden diese Kämpfe aus dem Stadtrat unterstützen.

Die Klimakatastrophe ist auch in Erlangen schon spürbar. So schadet die sommerliche Überhitzung dicht bebauter Stadtteile schon heute der Gesundheit z.B. älterer Menschen. Die Stadt Erlangen muss die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebender Menschen zum obersten Ziel machen. Kurz: **Ökologische Nachhaltigkeit**. Der Ausrufung des Klimanotstands durch die Stadt müssen jetzt Taten folgen.

Die Stadt wird dabei auf Probleme stoßen, bei denen Bund und Land ihr keine Entscheidungsspielräume lassen, oder die auch überörtliches Gegensteuern erfordern. Dann muss Erlangen laut und deutlich gegen solche Missstände öffentlich auftreten.

Klimaschutz sozial gerecht!

Für uns ist auch beim Schutz der Umwelt die soziale Gerechtigkeit nicht verhandelbar: Auch Pflegekräfte oder Facharbeiter*innen mit zwei Kindern müssen sich Umweltschutz leisten können wie z.B. Milch in der Pfandflasche zu kaufen. Nur Reiche können sich den ökologischen Kollaps leisten. Sozial gerechter Klimaschutz ist außerdem schlicht notwendig, um ausreichend Unterstützung in der Bevölkerung zu erhalten. Das übergreifende Ziel unserer Forderungen ist ein klimaneutrales Erlangen bis 2025.

Die **erlanger linke** fordert:

- Vermeidung unnötiger Versiegelung der natürlichen Erdoberfläche
 - Vorrang von großzügigem Geschosswohnungsbau vor anderen Häuserformen
 - Fertigung, Lagerung und Verkauf im Gewerbe vorrangig in Geschossbauten; Vermeidung von großflächigen Hallenbauten
 - Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
 - Vorrangige Wiedernutzung von Stadtbrachen und Baulücken statt großflächiger Neu-ausweisungen in abgelegener Stadtrandlage
 - Keine Neubauten und Verbreiterungen von Straßen mehr (abgesehen von reinen Zufahrtswegen zu neuen Wohnhäusern und Betrieben/Kliniken)
- Sparsamer Umgang mit nicht erneuerbaren Rohstoffen und Energieträgern
 - Strom zu 100 % aus regenerativen Quellen
 - Energieversorgung in öffentliche Hand: Keine (Teil-)Privatisierung der Stromerzeugung oder des Stromnetzes
 - Förderung von erneuerbarer Energieproduktion in genossenschaftlicher bzw. Bürger*innenhand

- Städtische Förderung optimaler Wärmedämmung für alle Gebäude, Dämmung aller Wohnungen in städtischer Hand bis 2025 ohne Mieterhöhungen
- Neubauten ausschließlich nach Niedrigenergie- oder Passivenergiestandard
- Förderungen für klimaschonende bzw. klimaneutrale Verfahren bei allen Baumaßnahmen
- Keine Behinderung der Solarenergienutzung durch „stadtbildgestalterische“ Vorbehalte, stattdessen wo möglich Fotovoltaik vorschreiben
- Förderung des Einsatzes intelligenter Heizungstechnik, auch für regenerative Energieträger, durch Ausbau der städtischen Energieberatung.
- Kampf gegen die autoritäre und rechtswidrige Wind-energie-Verhinderungspolitik des Freistaats Bayern
- Im Neubau den Trend zur Wohnflächenverschwendung stoppen. Was nützt ökologisch bessere Wärmedämmung in der (teuren) 120 m² Neubauwohnung, wenn diese nur drei Zimmer hat?
- Aus- und Umbau der Erlanger Stadtwerke zu einem attraktiven, günstigen und klimaneutralen Vollversorger für Strom, Wärme und (Ab-)Wasser
- Strom- und Heizkosten sozial staffeln: keine Stromsperrn mehr, ein freies Grundkontingent, dafür höhere Preise für Großverbraucher
- Sparsamer und sorgfältiger Umgang mit den Lebensmitteln Wasser und Frischluft
 - Keine Eingriffe in den Bannwald
 - keine Straßen in Wasserschutzgebieten
 - Keine Bautätigkeit im Regnitztal, erst recht nicht auf Regnitzinseln
 - Angemessene jährliche Investitionssumme im städtischen Haushalt zur Sanierung und Instandhaltung des Kanalnetzes
 - Keine Privatisierungen im Bereich der Wasserversorgung und Wasserentsorgung, auch nicht teilweise

- Förderung der ausgedehnten Nutzung des Regenwassers zu Reinigungszwecken, zur Toilettenspülung und zur Bewässerung von Pflanzen
- Vorrang der Versickerung von Regenwasser, vor der Einleitung in die Kanalisation
- Keine Asphaltierung von Gehwegen
- Schutz der biologischen Vielfalt und der Erholungsfunktion der Natur
 - Ausweisung genügend vieler und genügend großer Naturschutzgebiete, Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (Lebensräume für Pflanzen und Tiere unter EU-Schutz) und Landschaftsschutzgebiete
 - Ausweitung des EU-Vogelschutzgebietes Regnitztal südlich des Dechsenderfer Dammes
 - Vernetzung der Schutzgebiete durch breite, von Wildtieren leicht und ungestört begehbare Grünzüge
 - Bewirtschaftung der Naturräume nach ökologischen und nicht nach profitwirtschaftlichen Kriterien
 - Einsatz beim Städtetag und bei der bayerischen Staatsregierung für die Rückgängigmachung der Forstreform
 - Lichtverschmutzung reduzieren

8. Verkehrswende jetzt – für eine lebenswerte und ökologische Stadt!

Erlangen wurde in den 60er Jahren als autogerechte Stadt geplant. An den Folgen leiden wir noch heute. Der Verkehr auf den Straßen und Autobahnen belasten die Bürgerinnen durch Lärm und Abgase. Es gibt viele Gegenden in Erlangen, in denen Wohnen eine Gefahr für die Gesundheit darstellt. Andererseits gibt es Orte in der Stadt, die jedes großstädtische Flair vermissen lassen. Diese von einer konsum- und autofreundlichen Stadtentwicklungspolitik verursachten Problemfelder haben nur wenig mit den ganzheitlichen Bedürfnissen von Menschen zu tun.

Die **erlanger linke** macht die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebenden Menschen zum Maßstab ihrer Politik. Das geht einher mit einer Politik der ökologischen Nachhaltigkeit. In puncto Verkehr in der Stadt bedingen sich diese beiden Faktoren besonders stark.

Die **erlanger linke** fordert:

- Weg vom Auto – hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln in der Stadt (Schiene, Bus, Fahrrad)
 - Der „Verkehrsentwicklungsplan Erlangen“ muss die bestmögliche Förderung des „Umweltverbundes“ (öffentl. Nahverkehr, Radfahren, Zu-Fuß-Gehen) vorsehen. (Es genügt nicht, den Kfz-Verkehr nur umzuleiten, man muss ihn reduzieren.)
 - Erschließung der dichtbesiedelten Stadtteile (z.B. Anger, Bruck, Büchenbach am Europakanal) und der Umlandgemeinden auch im Osten durch die Stadt-Umland-Bahn (StUB)
 - Die restlichen Stadtteile müssen mit einem dichter getakteten Bussystem bedient werden. Nicht jeder Bus muss durch das Stadtzentrum fahren, wir brauchen mehr Ringlinien.
 - Auf Straßen mit vier Spuren je eine Spur für Bus oder Straßenbahn umwidmen, um ökologisch nachteiligen Flächenverbrauch für den öffentlichen Nahverkehr zu vermeiden
 - Attraktive Fahrplangestaltung, dichtes Haltestellennetz und Vorrangschaltungen bei Verkehrsampeln für Schiene (StUB) und Bus
 - Preissenkungen beim ÖPNV sofort und für alle, Kurzstreckentarif wieder einführen, 90%ige Fahrpreisermäßigung mit dem Erlangen-Pass.
 - Einführung eines 365€-Tickets im VGN-Gebiet, perspektivisch Nulltarif im ÖPNV
 - Erschließung der Innenstadt durch kostenlose öffentliche Kleinbusse im 10-Minuten-Takt (Optimale Anbindung der Klinik möglich)
 - Anschaffung attraktiver Züge und Busse, mit Einstiegshilfen für Behinderte und Kinderwagen fortsetzen

- Bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für Busfahrer*innen
- Mehr Fahrradstraßen mit klarer Vorfahrt der Radfahrer vor dem motorisierten Verkehr (Es darf auch mal ein STOP-Schild sein!)
- Straßenbegleitende Radwege auf gleicher Ebene mit der Kfz-Fahrbahn, insbesondere an Kreisverkehren und Ampeln (sind sicherer!).
- Bei zu enger Straßenführung Tempo 30 zur Sicherheit der Radfahrer*innen
- Großzügiger automatischer Grünphasen-Vorlauf für Radfahrer*innen und Fußgänger an Ampeln
- Wartezeiten für Radfahrerinnen und Fußgänger kürzer als für Motorfahrzeuge
- Optimaler Ausbau und beste Instandhaltung der Rad- und Fußwege mit regelmäßiger Kontrolle auf Unebenheiten. (Voraussetzung: Die Finanzausstattung muss anteilig mindestens dem Autostraßenbau entsprechen.)
- Verlässlicher Winterdienst auf allen Radwegen – mit mehr städtischem Personal.
- Erleichterung des Fahrradfahrens aus dem Umland nach Erlangen durch Bau eines Netzes von Fahrradschnellwegen
- Fahrradtransport in Bus und Bahn zwischen Erlangen, Nürnberg und Fürth auch in Stoßzeiten ermöglichen, z.B. durch eigene Fahrten oder technische Vorrichtungen
- Keine Ausweitung des Parkplatzangebots, Reduzierung der Parkplätze in der Innenstadt außer für Anwohner
- Effektiver Schutz der Anwohnerparkplätze vor Falschparkern
- Ausbau des Car-Sharing-Systems.
- Keine neuen Straßen und Schienenwege inmitten des Landschaftsschutzgebiets Regnitztal, also: keine Kosbacher Brücke, kein Hüttendorfer Damm; die Trassen der Stadt-Umland-Bahn in den Stadtwesten müssen mit bestehenden Talquerungen gebündelt werden.
- Mehr ICE-Stops in Erlangen und Fürth

- Reduzierung der Lärmbelastung
 - Kampf gegen die widersinnige Vorschrift des Bundes, dass Lärmschutz nur gebaut werden darf, wenn eine Straße oder Bahnstrecke ausgebaut wird, wodurch sie ja erst für mehr Lärmerzeugung sorgt.
 - Lärmschutz an allen Autobahnen und Bahnstrecken im Stadtgebiet. Nachts ab 22 Uhr darf auf dem Frankenschnellweg (A73) nicht schneller als Tempo 60 gefahren werden. Die Geschwindigkeitsbegrenzung muss durch stationäre Radarkontrollen durchgesetzt werden. Ebenso muss auf der B4 ab Südkreuzung bis Stadtgrenze Nürnberg das Tempolimit von 100 auf 60 km/h reduziert werden.
 - Mehr (Güter-)Zugverkehr durch Erlangen erst nach dem Bau eines durchgehenden Eisenbahntunnels
 - Sperrung von Wohnstraßen und Straßen im Klinikbereich für den motorisierten Durchgangs- und Individualverkehr
 - Heraushalten des Kfz-Verkehrs aus der Altstadt durch die bereits fertig geplante Umfahrungsstrecke mit Leitsystem, das "Erlanger U"
 - Einbringen des „Erlanger U“ in den z.Zt. neu erarbeiteten Verkehrsentwicklungsplan und baldmöglichst Stadtratsbeschlüsse zum Bau
 - Verlegung der Abflugstrecken vom Flughafen Nürnberg in das dünn besiedelte Umland.
 - Festlegen einer verbindlichen Mindestflughöhe von 5 000 m für Verkehrsflugzeuge über dem Stadtgebiet
 - Nachtflugverbot auch am Nürnberger Flughafen, wie an fast allen anderen deutschen Flughäfen

9. Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche

Eine Wende in der fatalen Stadtentwicklungspolitik in Erlangen ist überfällig (siehe Kapitel 6: „Zukunftsweisende Stadtentwicklung“). Die forcierte Ansiedlung von Gewerbe, Forschung und Universität

verschärft den Druck auf den Wohnungsmarkt immer weiter. Der Mietwohnungsbau kann mit dem steigenden Bedarf in keiner Weise Schritt halten - trotz zusätzlicher Wohnbebauung im Röthelheimpark und in Büchenbach West und Büchenbach Nord. „Marktkonform“ folgte darauf in den letzten 20 Jahren ein rasanter Anstieg der Mietpreise, Dies macht das Leben für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen zu einem täglichen Existenzkampf. Davon sind nicht zuletzt die fast 30.000 Studierenden betroffen. Erlangen ist in Bayern die zweit teuerste Stadt beim Wohnen.

Zusätzlich ist in Erlangen der soziale Wohnungsbau unter der CSU bis 2014 weitgehend zum Erliegen gekommen. Seit 2014 versucht die Stadt zwar umzusteuern, allerdings nur durch Neubau. Darüber hinaus führt der schwarz-gelbe Betrug an den GBW (jetzt „Dawonia“)-Mieter*innen zu massiven Mieterhöhungen bei bisher noch bezahlbaren früheren Siemens-Wohnungen.

Angesichts dessen wird heute weithin anerkannt, dass die Entwicklung von Wohngebieten in den vergangenen Jahrzehnten die Interessen zahlungskräftiger Hauskäufer*innen zu sehr berücksichtigt und die Bedürfnisse der Mieter*innen ignoriert hat. Daraus folgende Fehlplanungen haben schon viele Entwicklungsmöglichkeiten für sehr lange Zeit blockiert, Deshalb ist es nun dringlich geworden, das politische Steuerruder herumzureißen. Die Stadt muss den Kampf um bezahlbare Bestandswohnungen aufnehmen, und die wenigen Instrumente entschlossen nutzen, die sie dazu hat.

Weitere Informationen hierzu finden sich unter: <http://gleft.de/2Kj>

Die ***erlanger linke*** fordert:

- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere bei der GeWoBau
- Kein Abriss von sanierbaren GeWoBau-Wohnungen, sondern Renovierung
- Im sozialen Wohnungsbau muss die GeWoBau ihre Bau- und Sanierungsplanungen am tatsächlichen Bedarf der Mieter*innen und Wohnungssuchenden orientieren.
- Die GeWoBau soll nur noch die "Kostenmiete" verlangen

- Die GeWoBau muss vollständig in städtischer Hand bleiben.
- Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften
- Keine Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbereich
- Alternative Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser mit Gemeinschaftseinrichtungen müssen im sozialen Wohnungsbau gefördert werden.
- Schluss mit dem Neubau der „Schuhschachtelreihenhäuser“. Das ist Flächenverschwendung zum Wucherpreis.
- Ungenutzte Gewerberäume, vor allem im innenstadtnahen Bereich, sollen zu qualitativ gutem Wohnraum umgewidmet und umgebaut werden.
- „Nachverdichtungen“ in bestehenden Wohngebieten dürfen nur äußerst vorsichtig und mit Zustimmung der dort bereits lebenden Bewohnerinnen durchgeführt werden. Langjährige Mieter*innen sind bei solchen Eingriffen vergleichbare Rechtsmittel zur Verfügung zu stellen wie Wohnungseigentümer*innen.
- Bei Nachverdichtungen dürfen keine Kaltluftschneisen verbaut werden, um das Kleinklima für die Bewohnerinnen nicht zu verschlechtern.
- Das Angebot an Freiflächen im Umkreis von 500 m um die Wohnung darf nicht unter 10 m² pro Einwohner sinken (in Anlehnung an das städtische Konzept "Grün in Erlangen 2018").
- Einsatz aller rechtlichen Instrumente (z.B. Planungsrecht) zum Schutz bezahlbarer Bestandswohnungen (wie z.B. in München oder Berlin)
- Milieuschutzsatzungen für alle GBW-Wohnungen nicht liegen lassen, sondern weiterführen, um die Vertreibung der eingesessenen Bewohner*innen durch mieterhöhende „Aufwertungsmaßnahmen“ zu erschweren
- Der Antrag der **erlanger linke** hatte Erfolg: Wohnungen leer stehen lassen oder dauerhaft in Ferienwohnungen umzuwandeln wird verboten (Zweckentfremdungsverordnung). Die Stadt muss entsprechende Stellen finanzieren, die dafür sorgen, dass das Verbot durchgesetzt wird.

- In der Innenstadt soll Wohnnutzung ab dem 1. Stock Wohnen die Norm sein.
- Erlangen muss wieder vielfgestaltig werden: Jungen und Alten, Singles und Familien, „Erlanger Urgesteinen“ und Zugewanderten muss es möglich sein, in einem Viertel zu wohnen, zu leben, einzukaufen und gemeinsam kulturell und sozial aktiv zu werden. Das soll durch städtebauliche Maßnahmen unterstützt werden.
- Kostenlose und unbürokratische Mieter*innenberatung mit dem Erlangen-Pass
- Ungenutzte Gewerberäume, vor allem im innenstadtnahen Bereich, sollen zu qualitativ gutem Wohnraum umgewidmet und umgebaut werden.
- Flüchtlingen und allen Menschen – auch wenn sie nur zeitweise in Erlangen leben und arbeiten – sind menschenwürdige Unterkünfte bereitzustellen. Die Stadtpolitik muss auf die Landkreise einwirken, dass diese hierbei einen solidarischen Beitrag leisten, entsprechend deren guter Finanzlage und erheblich größerer Flächenreserven.
- Enteignung der großen privaten Immobilienkonzerne, Überführung der Wohnungen unter gesellschaftliche Kontrolle und in die öffentliche Hand
- Legalisierung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich mit Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckgemäße Nutzung von Wohnraum einsetzen („Besetzungen“)
- Die Stadt soll die Selbstorganisation der Mieterinnen z.B. durch Räume und Schulungsangebote für Aktive (z.B. Mietrecht, Stadtplanung) fördern.
- Bei Neubau von Wohnraum soll die Quote 70 % öffentlich geförderte Mietwohnungen, statt nur 30 % sein, wie bisher. Ausschließlich durch gemeinnützige oder kommunale Träger, um die Preise dauerhaft niedrig zu halten. Bei der Belegung ist stärker auf soziale Mischung zu achten, also wieder mehr Berechtigte mit normalem Einkommen berücksichtigen.

10. Kinder und Jugend – unsere Zukunft!

Heute ist die Gründung einer Familie ein großes Armutsrisiko. Ursache ist häufig erzwungene Erwerbslosigkeit der Eltern in Verbindung mit fehlenden kostengünstigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Aufgrund der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen erleben auch Familien finanzielle Not. Durch Armut, fehlende oder mangelhafte Freizeiteinrichtungen haben viele Kinder und Jugendliche in unserer Stadt denkbar schlechte Startbedingungen.

Kinder brauchen attraktive, wohnortnahe Spielplätze, aber auch unregulierte Freiräume. Darüber hinaus brauchen Jugendliche Treffpunkte, an denen sie unbeaufsichtigt ihren Aktivitäten nachgehen können.

Die **erlanger linke** fordert:

- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche (z.B. eigenes Budget für Stadtjugendparlament)
- Information, Förderung und Umsetzung der Kinderrechte nach der UN-Kinderrechtskonvention
- Verantwortung der Stadt für Jugendliche ernst nehmen, (z.B. Übernahme der Miete für Jugendhäuser und Schaffung von Stellen für Sozialarbeiter*innen)
- Wohnortnahe attraktive Spielplätze, Stadtteil-Freizeitzentren und Jugendclubs
- Fortführung der Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche
- Mehr kostenlose Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche (z.B. SIMSON-Programm kostenlos anbieten)
- Abenteuerspielplätze wie in Bruck und Büchenbach in allen Stadtteilen
- Regelmäßige Wartung von öffentlichen Spielplätzen, Bolzplätzen und Skateparks sowie deren Renovierung und Neuanschaffung

- Bedarfsdeckende Förderung der Jugendfarm und Sicherstellen der kostenfreien Nutzung für Kinder mit gering-verdienenden Eltern
- Freizeiteinrichtungen für alle Generationen mit guter Personalausstattung, Hilfs- und Beratungsangeboten in jedem Stadtteil
- Verdoppelung der Jugendleiter*innenpauschale
- Übernahme der Vereinsbeiträge für Kinder und Jugendliche von finanziell benachteiligten Familien (Nettoeinkommensgrenze z.Zt.: 1.200 € für Alleinstehende)
- Eingehen auf spezielle Belange von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten, Kindergärten und Jugendclubs um deren Integration zu fördern (Unterstützung durch Abbau von Sprachbarrieren mit Hilfe von Angeboten in der deutschen und in der jeweiligen Muttersprache)
- Wohnortnahmen, bedarfsgerechten Ausbau der Horte, Kinderkrippen und -gärten sowie deren kostenlosen Zugang
- Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen und alle Materialien (auch für Atlanten, Taschenrechner, Kopien usw.)
- Kostenlose Mittagessen für Kinder an Betreuungs- und Bildungseinrichtungen
- Übernahme der Schüler*innenbeförderung auch für Gymnasiast*innen der Oberstufe, Berufsfach- und Wirtschaftsschüler*innen ab Jahrgangsstufe 11, Fachschüler*innen, Berufsoberschüler*innen und Teilzeit-Berufsschüler*innen
- Weitergabe der finanziellen staatlichen Förderung an freie, gemeinnützige Träger laut dem Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz, wie von kleineren Gemeinden im Landkreis umgesetzt

11. Politik für unsere älteren Mitbürger*innen

Viele Menschen sind heute bis ins hohe Alter noch rüstig. Kultur- und Bildungsangebote spielen für Senior*innen eine große Rolle. Sie dürfen nicht als Kostenfaktor in der Gesellschaft betrachtet werden, sondern sind eine unverzichtbare Quelle von Erfahrungen und Wissen. In Zukunft werden sie wegen des demografischen Wandels eine noch wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen, weshalb ihnen stärkere Selbst- und Mitbestimmungsrechte zukommen müssen.

Ein selbstbestimmtes Leben hat für uns oberste Priorität. Alle, die nicht mehr für sich selbst sorgen können, sollten unabhängig von ihrer finanziellen Lage die Wahl haben, zu entscheiden, ob sie zu Hause oder in einem Heim gepflegt werden möchten. Nach wie vor möchten ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, werden aber oft gegen ihren Willen in ein Heim abgeschoben. Die häusliche Versorgung und Pflege muss deshalb nachhaltig verbessert werden. Wenn Senior*innen aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, ist dem entgegenzuwirken, ihre Würde ist zu wahren und ihre optimale Versorgung ist zu sichern.

Die meisten älteren Menschen wohnen zu Hause in normalen Wohnungen, wo sie auch bleiben wollen, um so lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt zu leben und dabei soziale Kontakte zu pflegen. Nicht selten müssen sich ältere Menschen aber für einen Umzug in eine andere Wohnung oder in ein Pflegeheim entscheiden, weil ihre Wohnung nicht behindertengerecht ausgestattet ist, was ihnen die Alltagsbewältigung erschwert oder gar unmöglich macht. Deshalb sollten kombinierte Wohn- und Betreuungsangebote wie Service-Wohnen, Seniorenwohnanlagen und auch betreutes Wohnen zu Hause zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch der Ausbau von Pflegestützpunkten. Älteren Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund muss der gleichberechtigte Zugang zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen durch kultursensible Altenhilfe gewährleistet werden.

Die ambulante Versorgungslücke nach einer Behandlung im Krankenhaus muss dringend geschlossen werden. Ältere Menschen müssen uneingeschränkter Zugang zu ärztlicher Behandlung und Betreuung, verbunden mit angemessener, psychosozialer Beratung und Zuwendung haben.

Viele ältere Menschen sind in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt. Immer mehr Senior*innen sind auf Gehhilfen, Rollatoren oder Rollstühle angewiesen. Unebene Pflasterungen, fehlende Gehsteigabstufungen, fehlende Treppengeländer, zu kurze Grünphasen an Ampeln und schlechte Beleuchtung des öffentlichen Raumes erschweren die Mobilität.

Viele Alten- und Pflegeheimplätze in Erlangen werden von privaten Trägern angeboten. Wir lehnen jedes Profitstreben auf Kosten von älteren Menschen ab und wollen solche Altenheime in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführen.

Die **erlanger linke** fordert:

- Ausbau der Bildungsangebote nach dem Vorbild des Seniorennetzes
- Bezieher einer Rente unter 1200 € erhalten den Erlangen-Pass
- Seniorinnengerechte Infrastruktur in jedem Stadtteil (Nahversorgung in Laufweite, Fahrdienste mit VGN-Tarif, Einkaufsmöglichkeiten, Stadtteilzentren als gesellige Treffpunkte)
- Senior*innengerechtes Bauen und Wohnen, insbesondere bei der GeWoBau
- Verpflichtung aller Bauträger zu mindestens 30 % barrierefreien bzw. seniorinnengerechten Wohnungen
- Barrierefreie Gestaltung von Straßen und Gehwegen, abgesenkte Bordsteinkanten sowie mehr seniorenrechtliche Sitzgelegenheiten (Bänke) in der Fußgängerzone und an öffentlichen Plätzen
- Ausreichend, kostenlose öffentliche Toiletten
- Ausreichend lange Grünphasen an Verkehrsampeln
- Gute Beleuchtung von Straßen und Plätzen
- Barrierefreier Zugang zu allen Gebäuden

- Förderung von Selbsthilfewohnprojekten und Wohngemeinschaften für Senior*innen (zur Erhaltung der Eigenständigkeit Alleinstehender im Alter z.B. „Olga“, "anders wohnen" oder "Mehrgenerationenhaus")
- Wohnortnahe Pflegeplätze
- Ausbau der häuslichen und ambulanten Pflege (z.B. Tagespflege für an Demenz erkrankte Senior*innen)
- Mehr und gut ausgebildetes Personal in allen Pflegebereichen (Bezahlung muss stimmen um das zu erreichen)
- Ablehnung aller Rentenkürzungen durch die Stadt
- Eintreten für eine Rente spätestens mit 65 und Wiedereinführung der Förderung der Altersteilzeit wie bis 2009 vorhanden
- Möglichkeit zum früheren Ausscheiden aus dem Berufsleben für alle, die bei der Stadt in tariflicher Altersteilzeit angestellt sind
- Regelmäßige, unangekündigte und öffentliche Kontrolle in Heimen und häuslicher Pflege
- Bessere personelle Ausstattung der Heimaufsicht
- Bessere Zugänglichkeit von Informationsangeboten für ältere Menschen über die ihnen zustehenden Leistungen und Hilfen
- Möglichkeit alle Angebote und Dienste der Stadt ohne Computer, Internet oder Smartphone zu gleichen Bedingungen zu nutzen

12. Politik für Menschen mit Behinderung – gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft und Beruf

Die volle und gleichberechtigte Integration in Gesellschaft und Beruf von Menschen mit Behinderung steht in der Bayerischen Verfassung. Die Realität hinkt aber der UN-Behindertenrechtskonvention hinterher.

Die Integration von Menschen mit Behinderung bedeutet den Vorrang von Rehabilitationsmaßnahmen und ambulanter Hilfe vor Pflege im Heim. So bleiben sie soweit wie möglich selbstständig.

Dafür setzt sich auch das Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZSL) ein.

In Erlangen kümmern sich zwar die städtischen Behindertenbeauftragten, sowie der Integrationsfachdienst („ACCESS-Integrationsbegleitung“) um Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben. Es sind aber noch viele Maßnahmen nötig. Zum Beispiel müssen den Arbeitgeber*innen stärker als bisher ihre Pflichten, aber auch die gesetzlichen Möglichkeiten zur Integration von Beschäftigten mit Behinderung aufgezeigt werden.

Die **erlanger linke** fordert:

- Entscheidungen über Maßnahmen, die Menschen mit Behinderung betreffen, nicht über ihre Köpfe hinweg, sondern mit ihnen und durch sie
- Öffentlichkeitsarbeit der Stadt gegenüber Arbeitgeber*innen und Menschen mit Behinderung zur Aufklärung über Chancen und gesetzliche Hilfsmöglichkeiten bei Neueinstellungen und Gestaltung von Arbeitsplätzen
- Genügend barrierefreie und geeignete Sozialwohnungen für Menschen mit Behinderung und Wohngruppen von Menschen mit Behinderung
- Bedarfsplan, erstellt in Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden um ausreichend Betreuer*innen einstellen zu können
- Förderung von Selbsthilfegruppen und Therapieangeboten

13. Bildungspolitik ist mehr als „Standortlogik“

Bildung ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. „Das Recht auf Bildung ist nicht nur ein eigenständiges Menschenrecht, sondern auch ein zentrales Instrument, um den Menschenrechten zur Geltung zu verhelfen“ (Deutsches Institut für Menschenrechte, 2006). Für die **erlanger linke** sind Bildung und Ausbildung unabdingbare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Sie muss deshalb von Anfang an kostenlos sein und beruflich notwendige Qualifizierungen für

Erwerbslose einschließen. Durch ein hohes Bildungsniveau tragen wir zu einem guten Lebensstandard bei. Das Erreichen von Bildungszielen beugt Vereinsamung, Gewalt und Sucht vor. Damit werden junge Menschen in die Lage versetzt, Perspektiven zu entwickeln.

Bildungsziele sollten u.a. sein:

- Lernen von Zusammenhängen anstelle von Detailwissen
- Sowie die Förderung...
 - des Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls
 - der Ausdrucksfähigkeit in Wort und Schrift und damit auch der Denkfähigkeit
 - von Kritik-, Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit
 - des demokratischen Denkens und des Verständnisses politischer Zusammenhänge
 - der sozialen Kompetenz (Eigeninitiative und Teamfähigkeit)
 - des kreativen Potenzials in Kunst, Musik und Kultur
 - der technischen und handwerklichen Fähigkeiten
 - der Beweglichkeit in Sport und Spiel
 - des Umweltbewusstseins

Verschiedene Studien belegen: Bei uns hängen die Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern ab. Es ist ein Skandal, dass viel mehr Akademiker*innenkinder studieren als Arbeiter*innenkinder. Dass so viele Schülerinnen in Bayern Nachhilfe benötigen, ist eine Bankrotterklärung des Bildungssystems. Damit sich die Kinder und Jugendlichen wirklich ernst und angenommen fühlen, brauchen sie gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Alter.

Die **erlanger linke** fordert:

- Mehr Personal für alle städtischen Bildungseinrichtungen (städtische Kinderkrippen, Kindergärten, Lernstuben, Horte, Volkshochschule und stadteigene Schulen)
- Die Sanierung aller Schulen und Bildungseinrichtungen muss zügig weitergeführt und abgeschlossen werden

- Eine Kommunalpolitik, die den schlimmsten Auswüchsen bayerischer Schulpolitik entgegenwirkt (Einsatz der Stadt für eine gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse, damit die einzelnen Schüler*innen besser gefördert werden können und möglichst alle Schüler*innen die Schule mit einem qualifizierten Abschluss verlassen)
- Aktive Förderung von Inklusion (Einstellen von Lehrhilfen)
- Ausbau der Mittags- und Hausaufgabenbetreuung an Schulen (Finanzierung vom bayerischen Staat einfordern, lt. Konnexitätsprinzip: Wer vorschreibt, muss zahlen)
- Kostenloses, gesundes Schulessen für Alle
- Nach finnischem Vorbild zusätzliche, von der Stadt finanzierte Pädagogin in den Schluklassen (zur Förderung einzelner Schüler*innen oder Gruppen)
- Betreuung der gesetzlich vorgeschriebenen Gruppen von 24 Kindern in Kindergärten und -horten von drei statt bisher zwei Kräften (zwei Kinderpfleger*innen und eine Erzieher*in)
- Ausreichend wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze (insbesondere in den wachsenden Stadtteilen)
- An der Volkshochschule (VHS) 1-Euro-Kurse für Personen mit Erlangen-Pass oder Geringverdiener bis 1 200 € netto (Erstattung der Ausfallkosten durch die Stadt)
- Ausreichend hohe Zuschüsse der Stadt für die VHS, um ein qualitativ hochwertiges Kursangebot anbieten zu können
- Anhebung der VHS-Dozierendenhonorare auf das Niveau von Lehrer*innen-Entgelten (in einem ersten Schritt auf mindestens 35 € pro Kursstunde plus Arbeitgeber*innenanteil zur Sozialversicherung)
- Einsatz der Stadt beim Kultusministerium für Berufsschulintegrationsklassen (BIK) auch für Geflüchtete der Altersgruppe 21-30 Jahre damit sie einen Schulabschluss erreichen können

14. Friedenspolitik in der Stadt

Die Bundesregierung plant deutlich mehr Rüstungsausgaben. Bis zu zwei Prozent der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung sollen nach NATO-Plänen für Krieg ausgegeben werden. Dieses Geld fehlt im zivilen Bereich, bei Schulen und Kindertagesstätten, im sozialen Wohnungsbau und in den Krankenhäusern, für Klimagerechtigkeit und den ökologischen Umbau. Dieses Geld fehlt auch in unserer Stadt. Klar, dass in Umfragen stets eine Mehrheit der Bevölkerung gegen weitere Rüstungsmilliarden stimmt.

Allerdings geht es bei der Rüstung nicht nur ums Geld. Wir sind ganz grundsätzlich und aus humanistischer Überzeugung gegen Militäreinsätze und jede Art von Kriegsvorbereitung. Das Grundgesetz kennt nur den Verteidigungsfall und verpflichtet uns alle, für das Völkerrecht und das friedliche Zusammenleben aller einzutreten. Wir unterstützen deshalb alle Initiativen, die in Mittelfranken einen Rückbau oder eine zivile Nutzung der Truppenübungsplätze in Grafenwöhr und Ansbach/Katterbach fordern. Auch der Nürnberger Flughafen darf keinesfalls für militärische Zwecke oder polizeiliche Abschiebeflüge genutzt werden.

Die Kriegsvorbereitung auf kommunaler Ebene lehnen wir ebenfalls ab. Unter dem Deckmantel der Katastrophenhilfe nutzt die Bundeswehr das Technische Hilfswerk und andere Einrichtungen aus, um flächendeckend lokale Strukturen zu schaffen, die nicht nur im Kriegsfall, sondern auch bei anderen inneren Krisen und Konflikten unter Führung der Bundeswehr zum Einsatz kommen sollen. Dies stellt ein wichtiges Element der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft dar. Wir fordern die Einstellung dieser Aktivitäten.

Über viele Jahre haben sich Studierende und Beschäftigte der Universität für eine so genannte Zivilklausel eingesetzt, die Beteiligungen an militärischer Forschungsarbeit ausschließt. Wir begrüßen dieses Leitbild und wollen es auch für die kommunalen Einrichtungen verwirklichen.

Die **erlanger linke** fordert:

- Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit kommunaler Einrichtungen mit der Bundeswehr
- Keine Genehmigung für Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr auf städtischen Plätzen oder in städtischen Räumen
- Keine Bundeswehr in städtischen Schulen
- Unterstützung des Ansbacher Appells gegen den militärischen Ausbau des dortigen US-Armee-Stützpunkts (Wortlaut unter www.etz-langts.de)
- Ideelle und finanzielle Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen (Insbesondere Förderung des Erlanger Bündnis für den Frieden wie in früheren Jahren durch einen jährlichen Betrag von 2 000 € um die Friedensarbeit in der Stadt zu erhalten)
- Für ein geschichtsbewusstes Stadtbild: Straßen und Plätze mit militaristischem oder faschistischem Bezug umbenennen (z.B. die Erwin-Rommel-Straße)
- Aufwertung der Städtefreundschaft mit Cumiana, Italien in eine offizielle Städtepartnerschaft

15. Faschismus bekämpfen – immer und überall!

Wir beteiligen uns vor Ort an Bündnissen gegen Rechts. Gemeinsam mit anderen demokratischen und antifaschistischen Parteien und Gruppierungen wird die **erlanger linke** alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv bekämpfen. Eine Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen, die eine rassistische und nationalistische Politik betreiben, kommt für uns nicht in Frage.

Wir versuchen in Kooperation mit anderen Parteien und Gruppierungen Rechten keine Plattform im öffentlichen Raum zu überlassen. Gegen die AfD & Co hilft nicht Dialog, sondern klare Kante! Die **erlanger linke** unterstützt und beteiligt sich an Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie z.B. Blockaden von Naziaufmärschen.

Burschenschaften und studentische Verbindungen sind in ihrem Kern reaktionär. Daher werden wir uns an der Seite kritischer Studierendengruppen gegen Burschenschaften und Verbindungen einsetzen.

Zu antifaschistischer Politik gehört auch Ursachenbekämpfung. Die neoliberale Politik der Endsolidarisierung in den letzten Jahrzehnten hat den Nährboden für den Aufstieg der neuen und alten Rechten bereitet. Die dafür verantwortlichen Parteien werden wir weiter kritisieren. Gleichzeitig bietet die **erlanger linke** eine Adresse für fortschrittlichen Protest.

Die **erlanger linke** fordert:

- Verstärkung der antifaschistischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit (z.B. Zeitzeug*innengespräche), insbesondere an den Schulen
- Keine Genehmigungen für Aufmärsche rassistischer und faschistischer Gruppierungen
- Keine kommunalen Räumlichkeiten für rechte und faschistische Organisationen
- Keine Kriminalisierung antifaschistischer Engagements: Ausgestaltung der Auflagenbescheide im Sinne des Demonstrationsrechts
- Ursachen des Faschismus beseitigen: soziale Offensive für alle

16. Asylrecht solidarisch gestalten – Geflüchtete nicht ausgrenzen!

Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen die Vorwürfe, Flüchtlinge würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Menschen aus dem Nahen Osten und aus Rumänien, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Vertreibung suchten. Reale Probleme werden auf Geflüchtete projiziert. Das wird von den Herrschenden genutzt und

gefördert: Die Spaltung der Lohnabhängigen entlang rassistischer Linien erschwert und behindert den Kampf für eigene Interessen.

In einer Logik der Abschreckung werden Schutzsuchende in Deutschland einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime der Schikane unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet die EU an ihren Außengrenzen ein zivilmilitärisches Abschottungsregime, in das auch autoritäre Regime und Staaten ohne funktionierendes Asylsystem an der Peripherie der EU einbezogen werden.

Der Status von Asylsuchenden wird immer weiter nach unten gedrückt. Damit wird ihre Integration gezielt verhindert, Ausländer*innenhass und Fremdenfeindlichkeit werden Vorschub geleistet. Nimmt man das Erlanger Motto „Offen aus Tradition“ ernst, bedeutet das, dass auch in unserer Stadt Flüchtlinge Schutz und Aufnahme finden.

Willkommenskultur braucht Willkommensstruktur

Niemand kommt nach Erlangen, weil es ihm in seiner Heimat nicht gefällt. Keine Mutter lässt ihre Kinder zurück, um einfach mal in Deutschland zu leben. Die Menschen, die als Geflüchtete zu uns kommen, sind in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht. Sie hier freundlich willkommen zu heißen, ist unsere Pflicht. Wir werden uns weiterhin für eine schnelle und möglichst reibungslose Integration aller Geflüchtete einsetzen. Geflüchtete mit ihren kulturellen und ethnischen Eigenarten sind für uns eine Bereicherung. Wir wollen ihre Stärken nutzen, um unser Gemeinwesen lebenswerter zu machen.

Die Kommunen tragen Verantwortung dafür, wie in ihrem Verantwortungsbereich mit Geflüchteten umgegangen wird. Gerade hier können und müssen Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternommen werden. Anders als in der Selbstdarstellung der Stadt Erlangen, ist ihr Ausländeramt - im Bayernvergleich - nicht besonders liberal, auch wenn in den letzten sechs Jahren Fortschritte gemacht wurden.

Die **erlanger linke** kritisiert die Zuwendungskürzungen für Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und unterstützt

die Arbeit von ehrenamtlichen lokalen Asylfreund*innen und Unterstützer*innenkreisen und Nachbarschaftsinitiativen gegen die bestehende Abschiebepaxis. Wir unterstützen die Forderungen der Seebrücke-Bewegung auf allen Ebenen. Der Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten: Integration statt Abschiebung. Die **erlanger linke** lehnt Abschiebungen ab.

Die **erlanger linke** fordert:

- Mitwirkung der Stadt bei Abschiebungen auf das rechtlich minimal Mögliche (siehe Hartz-IV-Sanktionen), insbesondere bei nächtlichen Abschiebungen zwischen 20 und 6 Uhr keine Amtshilfe
- Entscheidungsspielraum der Ausländerbehörde voll ausschöpfen und dafür sorgen, dass langjährig geduldete Menschen ein Bleiberecht erhalten, um deren Aufenthalt langfristig abzusichern und Integration zu ermöglichen (inkl. Recht arbeiten zu dürfen)
- Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften (z.B. den „Containern“), stattdessen dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, keine Ghettoisierung
- Unentgeltliche Sprachkurse und Unterstützung bei Unterricht in Volkshochschulen, Schulen und Kindergärten für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Zugang zu Ausbildungsplätzen für jugendliche Einwander*innen ohne Diskriminierung
- Unterstützung von Migrant*innen sowie Geflüchteten bei der gleichberechtigten Integration und Teilhabe in allen Bereichen des Arbeitslebens
- Keine Einschränkung der Bewegungsfreiheit
- Förderung von Einrichtungen und Begegnungsstätten für Einheimische und Migrantinnen, insbesondere für Jugendliche
- Finanzielle Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsbetreuungsinitiativen (z.B. EFIE, Cafe Montag, Cafe Asyl, med. Netzwerk und Kirchenasylnetzwerk)

- Alle kommunalen Möglichkeiten der Hilfe und Solidarität mit Flüchtlingen ausschöpfen! (Kein „Sheriff Gnadenlos“ in Erlangen)
- Keine Repressionen gegen Solidaritätsstrukturen für Geflüchtete
- Den Beschluss „Sicherer Hafen“ leben: Mehr Geld für hauptamtliches Personal für Krippenbetreuung, Kindergärten, Horte, aufsuchende Sozialarbeit sowie Personen, die den Betroffenen bei den diversen Schreiben helfen (Diese Maßnahmen kommen der gesamten Stadtbevölkerung zugute und nicht nur einer Gruppe)
- Zahlungen auch im Kirchenasyl wie vom Landes-Sozialgericht gefordert
- Behandlungsschein für die medizinische Betreuung im Kirchenasyl, wie z.B. es die Stadt Nürnberg bereits praktiziert
- Für Wohnkosten, welche Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften in Rechnung gestellt werden, erhebt die Stadt maximal Gebühren entsprechend des Erlanger Mietspiegels

17. Leben statt existieren – Kultur kommt aus der Bevölkerung!

Die *erlanger linke* vertritt einen breiten Begriff von Kultur. Kultur umfasst die gesamte Arbeits- und Lebensweise. Kultureller Fortschritt bedeutet die Verbesserung von Ernährung, Kleidung, sozialer Sicherung und Wohnverhältnissen. Darüber hinaus auch weniger Arbeitszeit und mehr Freizeit, Bildung, Kunst und Genuss, Reisemöglichkeiten und höhere Lebenserwartung.

In unserer Gesellschaft sind diese Verbesserungen weitestgehend nur mit Geld zu kaufen. Das heißt: gesunde Lebensweise, zufriedenstellende Wohnverhältnisse, Naturerleben, Kunstgenuss, Zeit für Familie und Freunde. Ein selbstbestimmtes Leben mit allen Möglichkeiten der Entfaltung eigener Interessen und Talente für alle sieht anders aus!

Die **erlanger linke** setzt sich dafür ein, dass in unserer Stadt ein kulturvolles Leben keine Frage von Einkommen oder Vermögen ist und somit für alle Bürgerinnen ermöglicht wird. Dazu gehört z.B. die kostenfreie Möglichkeit moderner Kommunikationsmittel wie des Internets.

Kultur ist keine Restgröße, die nach Belieben eine Kürzungsmasse darstellt. Kultur stiftet Solidarität und Sinn. Wichtig für die Erlanger Kultur sind neben öffentlichen Kulturprogrammen auch alternative und selbstverwaltete Einrichtungen.

Die **erlanger linke** fordert:

- Gute Arbeit im Kulturbetrieb:
Wir wollen, dass in städtischen Kultureinrichtungen, z.B. Theater, und bei Auftragsvergaben sofern vorhanden Tariflohn, auf jeden Fall aber mindestens 13 € Stundenlohn gezahlt wird. Sachgrundlose- und Kettenbefristungen müssen gestoppt werden.
- Die Stadt Erlangen muss Konzepte fördern, bei denen die Menschen Kultur nicht nur als Empfänger*innen erleben können, sondern auch selbst Kultur schaffen können. Hierzu ist die Schaffung von weiteren städtischen Kultureinrichtungen und die Förderung weiterer selbstverwalteter Kultur- und Jugendzentren nötig.
- Genügend Übungsräume, Proberäume und Ateliers für bildende Künste, Musik, Theater, Bands, Kleinkunst und vieles andere mehr
- Kulturbetriebe wie das E-Werk oder das Theater müssen ausreichend finanziert werden. Die ersatzlose Streichung des Kinderlands ist zurückzunehmen.
- In jedem Stadtteil ein Bürger- und Kulturzentrum, das in Ausstattung und Angebot den heutigen Anforderungen genügt, vor allem in wachsenden Wohngebieten wie Büchenbach. Die Nutzung der Räumlichkeiten muss Vereinen und Bürgerinitiativen kostenlos möglich sein.
- Schaffung eines Café-Betriebs für alle Bürger*innen: mit Angeboten zum Selbstkostenpreis ohne Verzehrzwang sowie

kostenfreien Veranstaltungsräumen (ähnlich des geschlossenen Kulturtreffs Helmstraße).

- Die Nutzung aller kulturellen Einrichtungen mit dem Erlangen-Pass (siehe auch Kapitel 3)
- Die Gängelung von Veranstaltungsmacherinnen durch die undemokratische Plakatierungsverordnung ist zu beenden! Freie Meinungsäußerung setzt kostenfreie Plätze für nicht kommerzielle Ankündigungs- und Hinweisplakate voraus.
- Freies WLAN an allen städtischen Einrichtungen und Gebäuden.
- Das einmalige historische Stadtbild Erlangens mit seinen Baudenkmalern darf nicht länger den Profitinteressen der Immobilienspekulantinnen geopfert werden. Das gilt nicht nur für die Fassaden, sondern für das gesamte Gebäude.
- „Gedenken gestalten – Hupfla erhalten“: Kein Abriss der Hupfla, sondern Integration mit dem geplanten Neubau des Max-Planck-Instituts
- Berücksichtigung der Forderungen des Denkmalnetz Bayern: Bürgerbeteiligung bei denkmalrechtlichen Verfahren, rechtliche Absicherung bei Denkmal-Verbandsklagen, Wiedereinführung von Dissensverfahren
- Denkmalgeschützte Gebäude in öffentlicher Hand halten: Kein Verkauf des Egloffsteinschen und Wildensteinschen Palais sowie des Gebäudes der städtischen Musikschule

18. Solidarische Stadt

Es muss darauf hingearbeitet werden, dass immer mehr Menschen miteinander solidarisch sind und zusammen die Stadt gestalten, in der sie leben. Ganz nach dem Motto „ein gutes Leben für alle“. Viele Menschen hier engagieren sich für eine solidarische, gerechte und nachhaltige Stadt. Wichtig ist auch, Ressourcen vernünftig zu nutzen und miteinander zu teilen.

Ein prominentes Vorbild für die europäischen Netzwerke solidarischer Städte bildet die Sanctuary City-Bewegung. Sie hat

sich seit den 1980er Jahren in kanadischen und US-amerikanischen Städten und Kommunen entwickelt. Erlangen soll sich dem Netzwerk der Solidarity Cities anschließen. Insgesamt haben sich über 400 Städte und Gemeinden zu Solidarischen Städten erklärt, in der ein Aufenthaltsstatus kein Hindernis mehr darstellt, weil alle Einwohner*innen einer Stadt gleichwertig behandelt werden. In Erlangen sollen alle Einwohner*innen unabhängig von Herkunft, Aufenthalts- und sozialen Status den gleichen Zugang z.B. zu öffentlichen Einrichtungen, zu Bildung, zu menschenwürdigem Wohnraum, zu medizinischer Versorgung haben und die Möglichkeit zur kulturellen und politischen Teilhabe bekommen.

Erlangen ist Mitglied in verschiedenen Bündnissen, u.a. dem der „intercultural cities“. Einige Städte aus dem Netzwerk "intercultural cities“ sind auch im Netzwerk „Solidarische Stadt“. Berlin ist dieses Jahr dem europäischen Netzwerk beigetreten. In Augsburg, Regensburg, München etc. gibt es bereits Bündnisse mit dem Ziel, dass die Stadt dem Netzwerk beitrifft.

„Solidarische Städte sind keine geschlossene Utopie. Sie sind keine Lösung, aber ein Beginn einer anderen Politik der Übersetzung von unten nach oben, der Konstituierung der Städte als politische Akteure und einer linken Migrationspolitik, die aus dem Paradigma der Integration ausbricht. Dass das alles nicht so einfach geht? Ist klar. Bewegungen und Regierungen können manchmal interagieren, doch niemals eine Einheit sein. Stadtregierungen sind nicht nur Umschlagplätze für eine Politik von unten, sondern sogar bei besten Absichten den Zwängen des Nationalstaates und der Logik der Institutionen verhaftet.“

Die **erlanger linke** fordert:

- Beitritt Erlangens zum Netzwerk solidarische Städte
- Initiation, Unterstützung und Förderung von Initiativen und Aktionen im Rahmen der „solidarischen Stadt“

(siehe auch www.solidarity-city.eu)

www.erlanger-linke.de